

Nr. 5 / November 2017

## Die Lücke wird größer – was Deutschland leisten muss, um endlich das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen

815 Millionen Menschen leiden akut an Hunger, 767 Millionen Menschen leben in extremer Armut, 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht und die Folgen des Klimawandels sind immer mehr zu spüren. Angesichts dieser Weltlage ist es dringlicher denn je, dass Deutschland sein jahrzehntealtes Versprechen wirklich einlöst und mindestens 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) bereitstellt, ohne sich die Quote durch die Kosten für Flüchtlinge im Inland schönzurechnen.

Wenn die Agenda 2030, die 2015 von 193 Staaten angenommen wurde, umgesetzt wird, kann eine gerechtere Welt Wirklichkeit werden. Nun geht es einerseits darum, dass Deutschland selbst einen nachhaltigen Entwicklungsweg einschlägt und andererseits weltweit zu einer robusten Finanzierung nachhaltiger Entwicklung beiträgt.

Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) hat die Bundesregierung 2016 das 0,7-Prozent-Ziel erstmals und vermutlich einmalig erreicht. Denn nur durch eine verstärkte Anrechnung der Kosten für Flüchtlinge in Deutschland konnte die Quote erzielt werden. Insofern haben diese Mittel keinen Beitrag dazu geleistet, die Perspektiven der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern. Ohne diese Anrechnung der Ausgaben für Flüchtlinge in Deutschland läge im Jahr 2016 die Quote lediglich bei 0,52 Prozent.

Um das 0,7-Prozent-Ziel zwischen 2018–2020 jährlich tatsächlich zu erreichen, müssen nach unseren Berechnungen zusätzliche Mittel in Höhe von 17,8 Mrd. Euro bereitgestellt werden.

### Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag daher auf,

- das Versprechen, das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen, tatsächlich einzulösen, und zwar ohne die Kosten für Flüchtlinge anzurechnen, und zu diesem Zweck jährlich sechs Mrd. Euro mehr ODA-Ausgaben als derzeit geplant zur Verfügung zu stellen,
- sich im Entwicklungsausschuss der OECD für eine Nichtanrechnung von Flüchtlingskosten einzusetzen,
- auch nach dem Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels steigende Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer,
- zur Unterstützung der ärmsten Länder (LDC) mindestens 0,15 bis 0,20 Prozent des BNE einzusetzen,
- die wichtige Rolle der deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihrer Partner vor Ort in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich aufzuwerten und finanziell stärker zu unterstützen als bisher.

Unsere detaillierten Berechnungen finden Sie in der VENRO-Mediathek unter dem Titel [„Die Entwicklung der deutschen ODA bis 2020: Was muss die Bundesregierung tun, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen?“](#).

**IMPRESSUM****Herausgeber**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Stresemannstraße 72  
10963 Berlin  
Tel.: 030/2 63 92 99-10  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
www.venro.org

**Redaktion**

Oscar Del Valle Dávila

**Endredaktion**

Steffen Heinzelmann

Berlin, November 2017